



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 132-2022
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.226

Eingereicht am: 14.06.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Blum (Melchnau, SP) (Sprecher/in)
Saïd (Biel/Bienne, SP)
Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP)
Ali-Oesch (Thun, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 1238/2022 vom 23. November 2022
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Personalsituation im Schulbereich

Mit Beginn des neuen Schuljahrs im August 2022 können viele Stellen im Schulbereich nicht besetzt werden. Der Anteil an Stellen, die mit Personen ohne entsprechende Ausbildung besetzt werden, ist deutlich am Steigen. Für die Schulleiterinnen und Schulleiter bedeutet diese Situation sehr viel zusätzlichen Aufwand, und die Qualität des Unterrichts kann nicht in allen Fällen gewährleistet werden. Ausserdem wird durch das fehlende Fachpersonal das gesamte Schulsystem geschwächt, in komplexen Situationen mit Klassen oder einzelnen Schülerinnen und Schülern sind die Handlungsmöglichkeiten deutlich eingeschränkt.

Aus aktuellen Medienberichten geht hervor, dass die Besoldung der Lehrpersonen im Kanton Bern nicht konkurrenzfähig ist im interkantonalen Vergleich. Im internationalen Vergleich sind die Gesamtausgaben für die obligatorische Schule in der Schweiz seit 2005 zunächst gesunken und dann stagniert, obwohl die Schülerinnen- und Schülerzahlen gestiegen sind.

In diesem Zusammenhang stellen sich nun viele offene Fragen.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Auf welcher Stufe zeigt sich der Lehrpersonenmangel am deutlichsten (Primarstufe, Sekundarstufe I, Sekundarstufe II)?
2. Wie viele Stellen sind aktuell mit Personen besetzt, die über keine pädagogische Ausbildung verfügen? Wie viele waren dies vor einem Jahr?

3. Wie viele Stellen sind aktuell mit Personen besetzt, die nicht über die geforderte Fachausbildung verfügen (Heilpädagogik, Fachlehrpersonen usw.)? Wie viele Stellen bzw. Lektionen konnten per August 2022 gar nicht besetzt werden bei der Logopädie und bei der Heilpädagogik?
4. Die Löhne der Lehrpersonen vor allem auf der Primar- und Sekundarstufe I sind im Kanton Bern deutlich tiefer als in den angrenzenden Kantonen Solothurn und Aargau. Die Abwanderung von Lehrpersonen aus dem Kanton Bern in die angrenzenden Nachbarkantone sollte also am stärksten spürbar sein im Oberaargau, im nördlichen Mittelland und im Seeland, und der Mangel an qualifiziertem Personal sollte in diesen Regionen am grössten sein. Welche statistischen Aussagen können zu dieser Schlussfolgerung gemacht werden?
5. Der Mangel an Lehrpersonen kann die Schule und das gesamte Kollegium der Lehrpersonen sehr belasten. Bei Problemen mit anspruchsvollen Klassen oder mit einzelnen Schülerinnen und Schülern sind die Optionen zur Linderung der Situation deutlich eingeschränkt. Solche zusätzliche Belastung kann zu Überlastung und zu Burnout führen. Dazu sind statistische Angaben vorhanden in der Antwort zur Interpellation 072-2021 «Gesundheitszustand unserer Volksschullehrpersonen und Prävention». Ist diesbezüglich eine Zunahme zu beobachten im letzten Jahr? Wie hoch sind die Ausfälle im Vergleich mit anderen Kantonen?
6. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu ergreifen, um die Schule attraktiv zu machen, damit die Lehrkräfte gehalten und neue angeworben werden können?
7. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu ergreifen, um die seit Jahren steigende Arbeitsbelastung der Lehrpersonen zu reduzieren und damit deren Arbeitsbedingungen zu verbessern?
8. In welcher Höhe würde sich die finanzielle Zusatzbelastung für den Kanton Bern belaufen, wenn die Löhne der Primarlehrpersonen und der Lehrpersonen auf Sekundarstufe I um 5 Prozent angehoben würden (zusätzlich zum Erfahrungsstufenaufstieg)?

Antwort des Regierungsrates

Zyklisch wiederkehrende Zeiten von Lehrpersonenmangel wechselten sich in den vergangenen Jahren mit einem Überangebot an ausgebildetem Lehrpersonal ab. Massnahmen die entwickelt werden, sollten deshalb auch in der jeweils anderen Zyklusphase eine nachhaltige Wirkung entfalten und sich nicht negativ auf die Bildungsqualität auswirken. Der Kanton Bern steht mit dem aktuellen Lehrpersonenmangel nicht alleine da. Die meisten Kantone und auch andere Branchen vermelden erschwerte Stellenbesetzungen.

Neben der konjunkturellen Lage, dem Image und der Mobilität von Lehrpersonen und weiteren Faktoren werden drei Parameter für die Prognose zur Entwicklung des Arbeitsmarktes für Lehrpersonen herangezogen: zu erwartende Pensionierungen, Entwicklung der Schüler/-innenzahlen sowie Anmeldungen und Abschlüsse an Pädagogischen Hochschulen. Der Kanton Bern hat im schweizweiten Vergleich eine überdurchschnittlich hohe Altersstruktur beim Lehrpersonal und geburtenstarke Generationen gehen in Pension. Beim Lehrpersonal auf der Volksschulstufe ist deshalb mit einer überdurchschnittlichen Anzahl Pensionierungen auch in den nächsten Jahren zu rechnen. Laut dem Bundesamt für Statistik steigen die Schüler/-innenzahlen in der obligatorischen Schule im Kanton Bern bis 2027. In den letzten zehn Jahren hat die Studierendenzahl an Pädagogischen Hochschulen stetig zugenommen. Die PHBern verzeichnete bereits im Herbst 2020 mit über 3000 Studierenden einen Rekord. In den zehn Jahren vom Herbst 2011 bis zum Herbst 2021 wuchs die Zahl der Studierenden an der PHBern um 45 Prozent.

Zu Ziffer 1

Der Mangel an qualifizierten Fachkräften besteht vor allem auf der Primarschulstufe und im Bereich der Heilpädagogik. Die Situation verlangt teilweise Notlösungen (Klassenzusammenlegungen, Schüler/-innen auf andere Standorte verteilen). Aufgrund der steigenden Schüler/-innenzahlen wird der Mangel in den nächsten Jahren vermutlich auch auf der Sekundarschulstufe I zunehmen. Auf der Sekundarschulstufe II ist die Rekrutierung von qualifiziertem Personal in einzelnen Fächern schwierig. In den Berufsschulen ist es für die Fächer Informatik, Sport und Berufskunde teilweise schwierig, geeignete Lehrpersonen mit der entsprechenden Ausbildung zu finden. In den Mittelschulen können grundsätzlich alle Stellen besetzt werden, teilweise werden für die Fächer Informatik, Naturwissenschaften und Mathematik wenig Bewerbungen eingereicht.

Zu Ziffer 2

Je nach Funktion, Stufe oder Fach werden für die Ausübung der Tätigkeit als Lehrperson jeweils andere Ausbildungsanforderungen an die Stelleninhaberin respektive den Stelleninhaber gestellt. Nicht vollständig erfüllte Ausbildungsanforderungen führen zu einer prozentualen Reduktion des Grundgehalts, dem sogenannten Vorstufenabzug. Wer die Ausbildungsanforderungen nicht vollständig, aber in wichtigen Teilen erfüllt, erhält einen Vorstufenabzug von 10 Prozent und wer die Ausbildungsanforderungen in wichtigen Teilen nicht erfüllt, erhält einen Vorstufenabzug von 20 Prozent.

Aktuell arbeiten rund 18'500 Lehrpersonen auf der Volksschul- und Sekundarstufe II (befristet und unbefristet). Davon sind rund 1'960 Anstellungen mit einem Vorstufenabzug von 20 Prozent vermerkt. Dabei mitgezählt sind Studierende von Pädagogischen Hochschulen, welche noch nicht 50 Prozent ihrer Ausbildung abgeschlossen haben und parallel zum Studium bereits am Unterrichten sind. Personen, welche ohne anrechenbares Diplom unterrichten haben einen deutlich tieferen Beschäftigungsgrad und die Mehrheit ist befristet angestellt.

Der Anteil an Lehrpersonen an der Volksschulstufe mit einem Vorstufenabzug von 20 Prozent betrug im August 2022 rund 10 Prozent. Letztes Jahr lag dieser Wert ungefähr bei 8 Prozent. Weiter zurückliegende Daten liegen nicht vor.

Zu Ziffer 3

Von den unter Ziffer 2 erwähnten 18'500 Lehrpersonen erhalten rund 16'500 keinen Vorstufenabzug oder einen Vorstufenabzug von 10 Prozent (Lehrpersonen, welche die Ausbildungsanforderungen in wichtigen Teilen erfüllen; zum Beispiel ausländische Lehrdiplome ohne EDK-Anerkennung oder Diplome einer tieferen Schulstufe. Diese Gruppe macht rund einen Viertel aller Lehrpersonen aus). Die in der Interpellation gewünschte Auswertung bezüglich Fachlehrpersonen, Heilpädagogik usw. ist im heutigen Gehaltssystem Persiska nicht vorhanden.

Am 24. August 2022 waren 7 Stellen mit Stellenantritt per sofort oder im August 2022 in den Bereichen Logopädie und Heilpädagogik ausgeschrieben. Es ist davon auszugehen, dass einige Stellen in diesen Bereichen von bereits angestellten Lehrpersonen aus dem Kollegium übernommen wurden.

Zu Ziffer 4

Der interkantonale Lohnvergleich bei den Lehrpersonen in der Deutschschweiz zeigt, dass sich die Einstiegs- und Maximalgehälter im Kanton Bern auf der Volksschulstufe im Mittelfeld bewegen.

Die Minimal- und Maximalgehälter in der Volksschule des Kantons Bern bewegen sich im Vergleich mit den Nachbarkantonen Solothurn und Aargau innerhalb des Spektrums. Das Maximalgehalt für Kindergärtner/-innen ist im Kanton Bern im Vergleich mit diesen Nachbarkantonen das höchste, das Einstiegsgehalt für Primalehrer/-innen ist im Kanton Bern das tiefste.

Setzt man die ausgeschriebenen Stellen ins Verhältnis zu den zu unterrichtenden Schülerinnen und Schülern, so lassen sich im Kanton Bern keine regionalen Unterschiede betreffend offener Stellen feststellen. Somit betrachtet der Regierungsrat die Vermutung der Interpellantin, dass der Mangel in den Regionen Oberaargau, nördliches Mittelland und im Seeland besonders hoch sein müsse, als nicht bestätigt.

Zu Ziffer 5

Gegenüber 2020 sind im letzten Jahr leicht mehr Meldungen beim Case Management für Lehrpersonen der PHBern eingegangen. Die Datenlage lässt einen Vergleich zu anderen Kantonen nicht zu.

Zu Ziffer 6

Eine im Oktober 2022 publizierte Studie des Bundesamts für Statistik (BFS) kommt zum Schluss, dass 90 Prozent der Lehrpersonen unter 55 Jahren in der obligatorischen Schule dem Beruf auch nach fünf Jahren treu bleiben. Im Kanton Bern liegt die Verbleibsquote im Lehrerberuf im schweizweiten Vergleich sogar ein Prozentpunkt höher.

Folgende Massnahmen hat der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturdirektion bereits ergriffen:

- Gehaltserhöhung für Kindergarten- und Primarlehrpersonen (Erhöhung von Gehaltsklasse 6 auf Gehaltsklasse 7 per 1. August 2020)
- Mentoring für Berufseinsteigende, Wiedereinsteigende und Studierende (Allgemeinverfügung nach Artikel 94 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung vom 28. März 2007 über die Anstellung der Lehrkräfte, LAV, BSG 430.251.0)
- Stellenvermittlung der BKD
- Verschiedene Aus- und Weiterbildungsangebote der Pädagogischen Hochschulen für das berufsbegleitende Studium (zum Beispiel Planungswochen für Quer- und Wiedereinsteigende)
- Unterstützung der Klassenlehrpersonen durch Klassenhilfen
- Bewilligung der 2. Entlastungslektion für Klassenlehrpersonen
- Regionale Informationsveranstaltungen für Quer- und Wiedereinsteigende in den Lehrberuf
- Reduktion des administrativen Aufwandes durch Fokus auf das Unverzichtbare
- Unterstützung der Schulleitungen durch die Gemeinde im administrativen Bereich

Folgende Massnahmen sind in Erarbeitung:

- Weiterentwicklung strategische Handlungsfelder Personalpolitik Lehrkräfte/Schulleitungen
- Rahmenbedingungen für die Erhöhung des Arbeitspensums von Lehrpersonen verbessern (zum Beispiel: die Schaffung von Strukturen in den Gemeinden für die familienexterne Betreuung von Kindern von Lehrpersonen und Schulleitungen)
- Kampagne werde Lehrerin/Lehrer zusammen mit anderen Kantonen
- Weitere Optimierungen der Aus- und Weiterbildung an den Pädagogischen Hochschule

Zu Ziffer 7

Die personalpolitischen Handlungsfelder Personalgewinnung, Personalerhaltung, Personalentwicklung und Personalführung werden unter Berücksichtigung vorgegebener Rahmenbedingun-

gen untersucht sowie entsprechenden Massnahmen zugewiesen, damit die Zielsetzung der Bildungsstrategie konkretisiert wird (vgl. dazu «Weiterentwicklung strategische Handlungsfelder Personalpolitik Lehrkräfte/Schulleitungen» unter Ziffer 6). Die Zusammenarbeit mit den Personalverbänden (Bildung Bern, Berufsverband Schulleitungen Bern (VSLBE), Bernischer Staatspersonalverband (BSPV), VPOD), der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern), der NMS und dem Verband Bernischer Gemeinden (VBG) ist dabei zentral.

Desweiteren führt die BKD den Dialog und die Zusammenarbeit mit seinen Partnern (Bildung Bern, Berufsverband Schulleitungen Bern, PHBern, der NMS und dem VBG) in der Expert/-innengruppe Lehrpersonenmangel und in der entsprechenden Task Force weiter. Bereits ergriffene Massnahmen werden in diesen Gremien reflektiert und neue entwickelt.

Zu Ziffer 8

Die Bruttolohnsumme der Volksschule beträgt rund CHF 1.3 Milliarden. Würden die Gehälter um 5% angehoben, ergäben sich jährliche Mehrkosten von rund CHF 65 Millionen. Mit dem Lastenverteiler bei den Lehrergehältern zwischen dem Kanton (70 Prozent) und den Gemeinden (30 Prozent) würden demnach jährlich rund CHF 45 Mio. Zusatzkosten für den Kanton anfallen.

Verteiler

– Grosser Rat